

## **Fragenkatalog zur Anhörung zum Straßenausbaubeitragsgesetz (StrABG) im Ausschuss Bauen und Wohnen am 17.9. 2008**

### **Andreas Otto, Bündnis 90/Die Grünen**

1. Welche Straßenbaumaßnahmen bzw. sonstige Tiefbaumaßnahmen werden aktuell bzw. in den nächsten fünf Jahren in den einzelnen Bezirken nach StrABG den Anliegern berechnet? Welche davon sind in der Auflistung der Drucksache 16/11 013 enthalten, welche nicht?
2. Welche Verfahren gibt es in den einzelnen Bezirken zur Anwendung des StrABG?
3. Welche Verfahren zur Umsetzung des § 3 Abs. 3 StrABG wurden in den einzelnen Bezirken entwickelt?
4. Welche Erfahrungen liegen mit den jeweiligen Verfahren vor?
5. Was waren die gravierendsten inhaltlichen Einwendungen von Anliegern in den einzelnen Bezirken?
6. Welcher Kapazitäten und Ressourcen bedarf es jeweils in den Bezirken zur Umsetzung des Beteiligungsverfahrens?
7. Welche Klärungen erwarten Sie von der Senatsebene aus Ihrer Praxissicht, z. B. in einer AV, für die Baumaßnahmen, die federführend von SenStadt in den Bezirken durchgeführt werden für die Baumaßnahmen der Wasserbetriebe für Baumaßnahmen für öffentliche Beleuchtung für die verbindliche Auslegung eines einheitlichen Verfahrens zur Anwendung des § 3 StrABG?
8. Wie wird in den einzelnen Bezirken verfahren, wenn die BVV einer Baumaßnahme nicht zustimmt, aber die Baumaßnahme selbst aus verkehrlichen, bautechnischen oder finanztechnischen Gründen unabweisbar ist?
9. Wie wird in den einzelnen Bezirken verfahren, wenn erforderliche Teileinrichtungen (z. B. Radwege bei Hauptverkehrsstraßen) von den Anliegern oder der BVV als unnötig erachtet werden?
10. Hat die nach StrABG durchgeführte Bürgerbeteiligung in Einzelfällen zu einem vollständigen Verzicht auf Straßenausbaumaßnahmen geführt?
11. In welchen Fällen hat die durchgeführte Bürgerbeteiligung incl. Variantenvergleich zur Wahl kostengünstiger Varianten geführt?
12. In welchen Fällen wurden im Rahmen der Ausbaumaßnahmen Eigenleistungen durch Bürger angeboten? Wurden diese Eigenleistungen in Anspruch genommen?
13. Welche Probleme wirft die Tatsache auf, dass das Gesetz auf die Bebaubarkeit der Grundstücke abstellt und nicht auf die aktuelle Nutzung?
14. Welche Erfahrungen gibt es hinsichtlich der Straßenausbaubeitragspflicht bei landeseigenen Grundstücken?
15. Welche Probleme bestehen bei der Abrechnung im Falle GA-geförderter Baumaßnahmen?
16. Wie gestaltet sich die Anwendung des Straßenausbaubeitragsgesetzes aus Ihrer Sicht, wenn in einer Straße ausschließlich die Straßenbeleuchtung modernisiert wird, um eine signifikante Energieeinsparung zu erreichen?
17. Wie gestaltet sich aus Ihrer Sicht die Zusammenarbeit zwischen den Bezirken und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, welche Probleme (z. B. bei Rechtsunsicherheiten) bestehen?